



Einer von uns
Einer für uns

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Alexander Ulrich MdB

BERLIN INFO für die Haushaltswoche vom 10-14.09.2018

Übersicht der Themen:

Fremdenfeindliche Ausschreitungen und
die deutschen Haushaltspläne für 2019

Antrag gegen die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds

Pressemitteilung zur Leiharbeit

Pressemitteilung zu Ryanair

Antrag - Zehn Jahre nach der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers

Verfassungsklage mit den Grünen und FDP zum bayrischen Polizeigesetz

Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen.

In der ersten Woche nach der parlamentarischen Sommerpause fanden die ersten Beratungen zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung für das Jahr 2019 statt. In den Debatten dazu spielten insbesondere die Ereignisse in Chemnitz und Köthen eine große Rolle.

Es ist traurig und beängstigend: Rassisten, Antisemiten, gewaltbereite Hooligans fordern den Nationalsozialismus zurück und mit Unterstützung der AfD machen sie Jagd auf Immigranten und verbreiten Hass und Hetze gegen jede und jeden, die oder der nicht in ihr eigenes verkürzttest und kleingeistiges Menschenbild passt. Vertuscht und heruntergespielt wird das durch einige Amtsträger, allen voran, wir kennen das schon, Seehofer und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hans-Georg Maaßen, dessen Aufgabe es eigentlich sein sollte, solche demokratiefeindlichen Gruppierungen im Keim zu ersticken.

Ausschreitungen wie in Chemnitz stehen nicht losgelöst von den unsozialen aber aufrüstungsfreundlichen Haushaltsplänen der Bundesregierung. Ebenso ist Flucht und Immigration nicht ohne diese Aufrüstungspolitik und ohne den Kriegswillen der westlichen Staaten zu sehen. Während im sozialen Bereich, sei es bei der Alters- oder Kinderarmut, in der Bildungs- und Gesundheitspolitik oder bei der Integration von Flüchtlingen, fortwährend

gekürzt wird und Menschen damit völlig im Stich gelassen werden, befördert die Bundesregierung auf internationaler Ebene für jede und jeden nachvollziehbare Fluchtursachen, wie Kriege, Leid und Hunger. Dennoch gibt es kein Erwachen, die Bundesregierung kürzt an den falschen Stellen und stockt weiter dort auf, wohin eh schon zu viele Gelder fließen. [Hier](#) geht es zur Rede von Dietmar Bartsch zur Generaldebatte am Mittwoch.

Antrag gegen die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds - Am Donnerstag stand ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf der Tagesordnung, in dem wir uns gegen die Einrichtung eines des Europäischen Verteidigungsfonds aussprechen. Zur Unterstützung von rüstungspolitischen Forschungs- und Entwicklungsprojekten und zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie will die EU einen Fonds einrichten, mit dem zwischen 2021 und 2027 zusätzliche Rüstungsinvestitionen i.H.v. 48,6 Mrd. Euro angestoßen werden sollen. Übergeordnetes Ziel ist die "strategische Autonomie" der EU; d.h. ihre verteidigungspolitische Eigenständigkeit, die massiv aufgerüstete militärische Kapazitäten und eine enge militärische Integration voraussetzt. Mehr dazu in unserem [Antrag](#).

Pressemitteilung zur Leiharbeit - Die Ergebnisse einer Kleinen Anfrage der Linksfraktion im Bundestag zeigen klar, dass die Leiharbeit in Deutschland rasant zunimmt und dass sie keine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt bedeutet, sondern die Belegschaften spaltet. Gerade in Rheinland-Pfalz haben wir dringenden Handlungsbedarf. Innerhalb von nur zehn Jahren ist die Leiharbeit um 65 Prozent gestiegen. Leiharbeit wird in Rheinland-Pfalz allmählich zur Normalität. Nicht nur die Bundes- auch die Landesregierung ist daher in der Pflicht, dieser Massenpräkarisierung entschieden entgegenzutreten. [Weiter](#) zu meiner Pressemitteilung.

Pressemitteilung zu Ryanair - Der Durchhaltewille von Piloten und Kabinenpersonal im Tarifkonflikt mit Ryanair ist beeindruckend. Statt neue Streiks auszusetzen, muss das Management endlich einlenken. Die Ryanair-Forderung nach einem irischen Schlichter ist absurd. Ein Schlichter muss die Gegebenheiten und die Rechtslage vor Ort kennen. Die Vereinigung Cockpit kann die Hinhaltetaktik nur mit einem weiteren Streik beantworten, um den Druck zu erhöhen. [Hier](#) geht es zur Pressemitteilung.

Antrag - Zehn Jahre nach der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers – Das globale Finanzsystem ist 10 Jahre nach Beginn der Finanzkrise weiter instabil und dysfunktional. Die seit dem erfolgte Finanzmarktregulierung ist völlig unzureichend. Gleichzeitig wächst der Anlagedruck auf den Finanzmärkten durch Umverteilung von Unten nach Oben und durch Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme weiter an. Diese Politik muss in die nächste

Finanzmarktkrise führen. DIE LINKE hat aber eine kohärente Alternative anzubieten. Zu unserm Antrag geht es [hier](#).

Verfassungsklage mit Grünen und FDP zum bayrischen Polizeigesetz - In dieser Woche haben wir, gemeinsam mit den Grünen und der FDP, eine Verfassungsklage gegen das bayrische Polizeigesetz eingereicht, mit dem die Rechte der Polizei ausgeweitet werden. Höchst problematisch ist, dass die Polizei nun nach Belieben aktiv werden kann, ohne eine konkrete Gefahr nachweisen zu müssen. Mehr dazu findet Ihr [hier](#).

Ich wünsche Euch allen ein schönes Wochenende!

Mit solidarischen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alexander Weiß'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Euer Alexander